Erste Mittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alles Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

6. Jahrg. 1939	Berlin, Freitag, 19. Mai	Nr. 778

Die deutschen Kolonialgebiete sind deutsches Eigentum.

Wien, 18. Mai. Mit der Großkundgebung auf dem Heldenplatz erreichte am Donnerstag die Tagung des Reichskolonialbundes ihren Höhepunkt und Abschluß zugleich. Ein strahlend schöner Frühlingstag begünstigte die Feierstunde, in der der Bundesführer, Reichsleiter General Ritter von Epp, in einer Rede die deutsche Kolonialforderung behandelte.

In dem großen Raum zwischen den beiden Denkmälern des Prinz Eugen und des Erzherzogs Karl hatten Ehrenabordnungen der Wehrmacht, der Polizei und aller Gliederungen der Bewegung Aufstellung genommen. Um 9 Uhr 30 begann der Einzug der Fahnen und Standarten. Die Ehrenzeichen des Reichskolonialbundes tragen schwarzen Trauerflor, bis die Kolonien wieder zum Reiche zurückgekehrt sind.

Zahlreiche Ehrengäste hatten sich eingefunden, unter ihnen die Reichsminister Dr. Dorpmüller und Dr. Seyß-Inquart, die italienischen Gäste mit Kolonial-Vizegouverneur Dr. Meregazzi an der Spitze, der Kommandierende General des 17. Armee-Korps, General der Infanterie Kienitz, in Vertretung des Oberbefehlshabers des Heeres, sowie der Chef der Luftflotte 4, General der Flieger Loehr, zahlreiche führende Vertreter der ostmärkischen Partei-, Staats- und Wehrmachtstellen, Reichskriegerführer General Reinhard, der Präsident der Frontkämpferverbände, Herzog von Coburg, Staatssekretär a. D. von Lindequist, der letzte Kommandant der Schutztruppe Kamerun, General Zimmermann, und Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

Die Feierstunde wurde mit kurzen Ansprachen des Gauverbandsführers des Reichskolonialbundes Wien und des Gruppragandaleiters von Wien im Namen des von Wien abwesenden Gauleiters Bürckel eröffnet, in denen sie die Gäste, vor allem die italienische Abordnung, willkommen hießen.

Anschließend sprach Bundesführer Reichsleiter General

Ritter von Epp.

Er ging davon aus, daß der Führer in unermüdlicher Arbeit das Schanddiktat von Versailles Zug um Zug außer Kraft gesetzt und damit die Grundlagen für einen Frieden der Gerechtigkeit in Mitteleuropa geschaffen habe. Er habe die künstliche Trennung Deutscher von Deutschen beseitigt und die alte Ostmark, Böhmen, Mähren und zuletzt Stadt und Gebiet Memel in das Reich zurückgeführt.

„Bewußt ist die Tagung nach Wien gelegt worden, da es die geschichtliche Station des östlichen deutschen Kolonialraumes ist. Wien ist für zwei Dinge symbolisch:

1. Deutschland hat in Europa Anspruch auf den von seinen Menschen bewohnten Raum. Dieser Erkenntnis und Wahrheit müssen alle politischen Zweckbildungen, die gegen den gewaltigen Lebenswillen des Deutschtums geschaffen worden sind, weichen.

2. So wie die Lebensgemeinschaft der Deutschen in einem Reich durch den Führer wiederhergestellt worden ist, so verlangt dieses geeinte Volk seine Teilhaberschaft an den dem übervölkerten Europa als Ergänzung dienenden Reserveräumen der Welt, und zwar verlangt das geeinte deutsche Volk den Besitz seines rechtsmäßig und friedlich erworbenen Anteils an dieser Erde.

„Die Schaffung Großdeutschlands schwächt den seit langem bestehenden Anspruch des deutschen Volkes nach Besitz seines Eigentums in Uebersee keineswegs ab, sondern sie macht ihn erst recht dringlich. Diese besondere Dringlichkeit ergibt sich daraus, daß die dem Reich nun wieder angegliederten Teile genau so dicht, zum Teil noch dichter, besiedelt sind als der Durchschnitt Deutschlands, und daß die Menschen durch Fleiß und Tüchtigkeit auch in diesen Teilen ihren Raum bis zum letzten ausgenutzt haben.

„Das geschlossen beieinander lebende 80 Millionen-Volk der Deutschen verlangt nach Völkerrecht und Naturrecht den ihm zustehenden Anteil an den Reserveräumen der Welt. Auf diese Teilhaberschaft, auf seine Mitarbeit und auf die ihm zustehende Nutzung will und kann es niemals verzichten. Der Anspruch ist lebensnotwendig für das deutsche Volk."

Epp schilderte dann den Nutzen und Vorteil, den die mit Kolonialbesitz ausgestatteten Völker jetzt infolge der Entwicklung der Technik erst recht aus den Kolonien zögen. Ihnen gehöre viel mehr als früher die Welt. Das deutsche Volk aber solle von ihr ausgeschlossen sein, obwohl es durch seine Wissenschaft und Technik wesentlich beigetragen habe und beitrage zur Entwicklung, die die Welt umgestalte. Deutschland wolle endlich auch wieder teilhaben an dem allgemeinen Nutzen, der durch seine Geschicklichkeit und durch seinen Fleiß geschaffen werde!

„Deutschland", so betonte von Epp, **„zählt heute seine Kolonien zu seinem Eigentum. Sie sind friedlich und nach geltendem Recht einwandfrei erworben, durch deutschen Fleiß und deutsches Kapital entwickelt und ausgebaut. Darüber hinaus wurden sie durch den Heldenkampf deutscher Soldaten und ihrer eingeborenen Helfer und Freunde zu deutschem Boden.**

„Unser überseeisches Eigentum ist reich an allen Gaben der Natur. Wir wissen, daß es unter unserer Herrschaft einmal weiter entwickelt werden wird, wie wir auch wissen, daß es uns nur vorenthalten wird, um uns zu schwächen, um unseren Zustand der Abhängigkeit zu erhalten.

„Dem Kampf um den lebensnotwendigen Besitz entspringt die deutsche Kolonialforderung. Der Führer hat sie zu wiederholten Malen, mit ganz besonderem Nachdruck aber in seiner letzten Rede vom 28. April, gestellt. Sie ist eine Forderung an die Räuber unseres überseeischen Lebensraumes zur Herstellung der Gesetze eindeutig verletzten Völkerrechts, zur Aufhebung einer niederträchtigen Ehrverletzung des deutschen Volkes."

Der Redner erinnerte dann daran, wie England das Mandatssystem erfand, also eine Form der Bevormundung und Entrechtung, wie man sie früher britischerseits unter Wahrung der Scheinheiligkeit gegen primitive Völker mit Erfolg angewandt habe. Um in den Besitz der deutschen Kolonien zu gelangen, sei nun gegen Deutschland diese Form der Entmündigung angewandt worden. Zur Begründung dieser Maßnahmen seien gefälschte und eigens zu diesem Zweck hergestellte Dokumente herangezogen worden, wie man heute selbst zugebe. Diese Dokumente seien eine unerhörte Beschimpfung und Ehrenkränkung des deutschen Volkes.

„Das Mandatssystem ist eine latente und permanente Beleidigung des deutschen Volkes, ein auf die Dauer unerträglicher Betrug."

Der Redner wies dann auf den Betrug mit Wilsons 14 Punkten hin, deren fünfter eine „freie weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche" zugesichert habe. Deutschland sei damals von Wilson „ein gleichberechtigter Platz unter den Völkern der Welt" versprochen worden. Diesen Zusicherungen sei aber das Diktat gefolgt, und Deutschland seien drei Millionen Quadratkilometer seines Lebensraumes genommen oder unter das Mandat der Sieger gestellt worden. Es habe ja den Rat befolgt gehabt, den ihm jüngst wieder ein amerikanischer Präsident gegeben, und am Eingang zum Verhandlungssaal seine Waffen niedergelegt.

Epp unterstrich: „Es würde, wie der Führer am 28. April ausgesprochen hat, ein praktischer Beitrag zur moralischen Konsolidierung der Welt sein, wenn der Präsident Franklin Roosevelt das Wort des Präsidenten Woodrow Wilson von einer freien, weitherzigen und unbedingt unparteiischen Schlichtung aller Kolonialansprüche und vom gleichberechtigten Platz unter den Völkern zur Einlösung bringen würde.

„Das Großdeutsche Reich und sein Führer wollen und erstreben eine Wiederherstellung Deutschlands und eine Konsolidierung der Welt auf Grundlage der Lebensnotwendigkeiten der Völker. Darauf ist die Politik des Führers gerichtet. Daraus ergibt sich sein Kampf um die Beseitigung des Unfriedens von Versailles, daraus seine Forderung der Rückgabe des uns dort geraubten überseeischen Lebensraums.

„Hinter dieser Forderung steht Großdeutschland. Durch den Führer spricht ein politisch und weltanschaulich geeintes Volk von 80 Millionen Menschen, ein Volk, das durch Leistung und Können zu den ersten Kulturvölkern der Welt zählt, ein Volk auch, das durch Bündnis und Freundschaft verbunden ist mit dem ihm benachbarten, im faschistischen Sinne geeinten italienischen Volke, das darüber hinaus mit all den Völkern freundschaftliche Beziehungen pflegt, die die gleichen politischen und weltanschaulichen Ziele zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben und noch machen.

„Dieses deutsche Volk ist darauf angewiesen, und zwar lebensnotwendig, zu dem, was es aus Eigenem schafft, Güter aus anderen Räumen zum Unterhalt heranzubringen. Seine in Uebersee gelegenen Räume können den Bedarf weitgehend befriedigen, die Lage Deutschlands wesentlich erleichtern.

„Diejenigen, die sein Eigentum in Besitz haben, haben es hinzugenommen zu an sich schon gewaltigen Uebersee-Reichen und halten es in Händen mit der schlechten Legitimation „Versailles". Sie bilden eine Gruppe von Mächten, die sich als Herren der Räume ohne Volk der Wiederherstellung eines natürlichen Gleichgewichts durch eine Befriedigung der Existenzbedingungen widersetzen und so dem Zustandekommen friedlicher Verhältnisse. Sie glauben, dem natürlichen Bevölkerungsdruck durch Einkreisung begegnen zu können.

„So steht es um Forderung und Verweigerung. So ist die Lage. Die Kolonialforderung und Kolonialpolitik ist ein Teil der Gesamtpolitik. Die Gesamtpolitik ist eine Angelegenheit des Führers. Im Zuge seiner Gesamtpolitik hat er die Verfolgung unserer Kolonialforderung aufgenommen.

„Wir haben", so schloß von Epp, **„die absolute Zuversicht, daß auch diese Frage, die auf uns lastende Frage des Lebensraumes von heute und mehr noch von morgen, von den unvergleichlich geschickten Händen des Führers zu einem guten Ende gebracht wird."**

Die Beifallskundgebungen, die den Schlußworten des Reichsleiters folgten, waren der klare Ausdruck der unbeugsamen Forderung nach Wiedergutmachung des Deutschland angetanen Unrechts und der Bewesis, wie tief der Kolonialgedanke auch in der Ostmark bereits verwurzelt ist.

Ein Vorbeimarsch aller angetretenen Formationen vor dem Bundesführer, Reichsleiter General Ritter von Epp, beendete die Feierstunde und mit ihr die Wiener Reichskolonialtagung.

Aus der Diplomatie.

Berlin, 18. Mai. Der Gesandte von Haiti, Foucharb, hat Berlin am 15. Mai verlassen. Während seiner Abwesenheit sind Schreiben zu richten an das Generalkonsulat von Haiti in Berlin-Zehlendorf, Heimdallhöhe 9.

Deutscher Kriegsschiffbesuch in Lettland.

Libau, 17. Mai. Das deutsche Artillerieschulschiff „Brummer" ist nach zweitägigem Aufenthalt in Memel am Mittwochvormittag in Libau eingelaufen.

Der Wirtschaftsrat des Balkanbundes in Bukarest.

Bukarest, 17. Mai. Am Mittwoch wurde hier die siebente Tagung des Wirtschaftsrates des Balkanbundes durch den rumänischen Außenminister Gafencu eröffnet. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen Fragen des Handelsverkehrs und der Verkehrsverbindungen zwischen den Mitgliedstaaten des Balkanbundes.

Sämtliche Mitgliedstaaten des Balkanbundes sind vertreten. Dagegen ist ein bulgarischer Vertreter nicht erschienen.

Betrübte Lohgerber in London.

London, 18. Mai. Als im Unterhaus wieder einmal die Frage aufgeworfen wurde, ob die britische Regierung beabsichtige, der nationalspanischen Regierung eine Anleihe zu geben, erklärte Schatzkanzler Simon, die britische Regierung habe sich bisher noch nicht an England gewandt. Sauerjütz meinte er, es bestehe im übrigen in Anbetracht der augenblicklichen Lage der britischen Fonds kaum eine Möglichkeit, daß englischerseits irgendeine ausländische Anleihe größeren Ausmaßes gegeben werden könne.

Allgemeine Empörung in Palästina.

Jerusalem, 18. Mai. Der erste Eindruck, den die „neue" Palästina-Politik Englands in arabischen Kreisen hervorgerufen hat, ist neuerliche Enttäuschung.

Das von der englischen Regierung veröffentlichte Weißbuch enthält nach der Meinung arabischer Kreise keine wesentlich neuen Gesichtspunkte. Die meisten Vorschläge seien unbestimmt und unklar, wie die wichtige Frage des Landverkaufs an Juden nicht festgelegt, sondern die Entscheidung darüber dem Oberkommissar überlassen worden sei. Hierdurch entstanden neuerdings bei den Arabern Palästinas Gefühle der Sorge um den Boden ihrer Heimat.

Ebenfalls unbestimmt sei die Uebergangsperiode bis zur Schaffung eines Palästina-Staates, zumal die englische Regierung hierfür gleichfalls gewisse „Kaufschutzbestimmungen" vorsehe. Ferner sei in den englischen Vorschlägen keine Rede von einem Araberstaat, sondern nur von einem „Palästina-Staat" bei proportioneller Beteiligung der Juden an der Staatsregierung. Gerade dieser Punkt aber widerspreche der Hauptforderung der Araber. Ebenso vermisse man eine Bestimmung über die Begnadigung der Tausende von arabischen Häftlingen und Verbannten.

Dieser erste Eindruck greift nicht der für die nächsten Tage erwarteten Stellungnahme führender und zuständiger arabischer Kreise vor. Schon jetzt erklärt man jedoch in diesen Kreisen, daß die Verkündung des Weißbuches keine Aenderung in der Haltung der Araber bringen werde. Die gleichen Kreise versäumen nicht, auf die merkwürdige und geradezu kennzeichnende Bestimmung gleich zu Anfang des „neuen" englischen Programms hinzuweisen, daß der künftige Palästinastaat sowohl einen Handels- wie auch einen Militärvertrag mit England abzuschließen haben werde, wobei über die Einzelheiten dieses Vertrages allein England zu entscheiden habe.

Der jüdische Nationalrat von Palästina gibt einen überaus scharfen Protest gegen das Weißbuch heraus, in dem England Betrugspolitik vorgeworfen und die Juden zur Abwehr aufgerufen werden. Alle Juden zwischen 18 und 35 Jahren werden aufgefordert, sich in Listen eintragen zu lassen, die anscheinend für den Militärdienst bestimmt sind, wobei sich jeder Eingetragene zu jedem „Notdienst" verpflichten soll, der etwa von ihm verlangt wird.

Protest der Syrien- und Libanon-Araber.

Beirut, 18. Mai. Die arabische Presse Syriens und des Libanons lehnt ebenfalls einmütig die englischen Vorschläge zur Lösung der Palästinafrage ab.

Das arabische Komitee Palästinas trat unter dem Vorsitz des Mufti von Jerusalem zusammen, um eine Antwort auf das Weißbuch auszuarbeiten. Wie verlautet, glaubt man allgemein, daß ebenso sämtliche arabische Regierungen auch das arabische Komitee Palästinas Englands Vorschläge ablehnen werde.

Die auch von englischen Rundfunk verbreitete Meldung, wonach eine Rückkehr des aus Palästina ausgewiesenen Muftis nach Palästina in seine Heimat nicht in Frage komme, da er als großer Feind Englands angesehen werde, erweckt den Eindruck, daß England tatsächlich die Durchführung des im Weißbuch dargelegten Plans beabsichtigt. England wolle sich dabei auf die ihm ergebenen Raschchidi-Kreise stützen, die jedoch ohne Einfluß auf die Bevölkerung sind und von den arabischen Freiheitskämpfern als Verräter angesehen werden.

Aufregung der amerikanischen Juden.

New York, 18. Mai. Die New Yorker Morgenpresse berichtet spaltenlang über Englands „neue" Palästinapolitik und bringt den vollen Text des Weißbuches

Eine Abordnung führender Juden übergab dem britischen Botschafter einen Protest gegen die neuen englischen Pläne. Die Propalästina-Föderation von Amerika ersuchte Roosevelt telegraphisch, die Bemühungen fortzusetzen, um England davon zu überzeugen, daß die Einhaltung der Versprechungen der einzige Weg zur Erhaltung des Friedens und der Demokratie sei.

Der Präsident des amerikanischen Farbarbeitergewerkschaftsverbandes, Green, richtete an England den Appell, die Tür für die jüdische Einwanderung nach Palästina offen zu halten. Wie **Associated Preß** aus Washington meldet, plant die Regierung, in dieser Frage keine Schritte zu unternehmen.

In ihrem Leitartikel schreibt die jüdische **New York Times**, das Weißbuch sei der beste Beweis der tragischen Tatsache, daß es keine gerechte und annehmbare Lösung des Palästina-Problems gebe. Die Rückkehr Europas zur „Barbarei" wandle das „heilige Land" aus einem Symbol in eine wirkliche Zufluchtsstätte der Juden um. Der englische Plan sei deshalb eine erschütternde Enttäuschung für alle Zionistenführer.

Verantwortlich: Kurt Schwertkopff, Berlin-Bismarckdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.